

Studiengebühren abschaffen!

Haste mal 1.000 Euro?

Im Januar und Februar 2009 ist es wieder so weit: Studentinnen und Studenten in Niedersachsen müssen sich für das Sommersemester zurückmelden. Dann heißt es zahlen: 500 Euro Studiengebühren pro Semester oder 1.000 Euro im Jahr. Dabei ist es noch gar nicht so lange her, das Ministerpräsident Wulff versprochen hat: »Das Erststudium bleibt in Niedersachsen gebührenfrei.« Das Versprechen war also nichts wert. Leidtragende sind die Studierenden.

Studiengebühren schrecken ab

Eine große Zahl von Abiturientinnen und Abiturienten wird durch Studiengebühren abgeschreckt. Das ist auch kein Wunder. Viele Studierende mussten schon immer neben dem Studium jobben, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Jetzt müssen sie noch mehr arbeiten. Andere müssen sich nun ebenfalls einen Job suchen, um die Gebühren zahlen zu können. Gebührenminister Stratmann kümmert das nicht. Eiskalt rät er, zur Finanzierung der Gebühren einen Kredit aufzunehmen. Aber wer will schon mit einem Riesenschuldenberg in das Berufsleben starten? Während für die Reichen Mama und Papa das Studium aus der Westentasche zahlen, bleibt den anderen nur der Weg in die Schuldenfalle. – Oder sie verzichten gleich auf ein Studium. – Das ist Gerechtigkeit à la CDU.

Die SPD will, dass in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Menschen studieren.

Im internationalen Vergleich bildet Deutschland das Schlusslicht bei der Studierquote. Bundesweit beginnen nur 36% eines Altersjahrgangs ein Studium. In Niedersachsen sind es sogar nur 29%. Dabei wären 40% ein notwendiges Minimum. Dies kann sich unsere Gesellschaft nicht leisten – es schadet der Wirtschaft und beschneidet die Berufsmöglichkeiten unserer Kinder. Der einzige Rohstoff Deutschlands ist Wissen. Wird dieser nicht genutzt, verspielen wir unsere Zukunft.

Die SPD will, dass nicht soziale Herkunft über Bildungschancen entscheidet.

Heute schaffen von 100 Akademikerkindern 83 den Sprung an eine Hochschule – aber nur 23 von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition.

Soziale Hürden stehen nicht alleine vor den Universitäten. Niedersachsen »leistet« sich ein Schulsystem, das die Chancen nach sozialer Herkunft und nicht nach Leistung verteilt. Klar ist aber auch: mit Studiengebühren bauen CDU und FDP eine zusätzliche Hürde nach dem Abitur auf. Die SPD will alle diese Hürden beseitigen.

Deshalb fordert die SPD: Studiengebühren abschaffen!

www.eintrittskarte-zukunft.de

Sie wünschen weitere Informationen?

Schreiben Sie uns eine E-Mail an dialog@eintrittskarte-zukunft.de oder eine Postkarte an SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover.